

Das Bildungssystem Österreichs – Alte und neue Aufgaben der Bildungspolitik*)

HANS-JOACHIM BODENHÖFER

Die Bildungspolitik ist wieder etwas ins Gerede gekommen: besorgt erkundigen sich manche Kommentatoren nach der „Europareife“ unseres Bildungssystems. Auch das Schlagwort vom „Facharbeitermangel“ ist noch aktuell, und hier wird die Sache grundsätzlicher: haben wir zuviel weiterführenden Schulbesuch, zuviel Maturanten und Studenten, zu viele – und daher zunehmend arbeitslose – Akademiker, während andererseits die Zahl der Lehrlinge zurückgeht und die Betriebe einen Mangel an Facharbeitern beklagen? Dies führt dann oft zu einer recht kritischen Bilanz der Entwicklung von Bildungsreform und Bildungsexpansion: gemessen an manch hochfliegenden Erwartungen und Zielsetzungen der Bildungspolitik zu Ende der 60er Jahre – der Zeit, der dann gerne eine „Bildungseuphorie“ bescheinigt wird – ist die Bilanz des tatsächlich Erreichten

eher ernüchternd. In den vergangenen rund zwei Jahrzehnten haben sich zwar die Schüler- und Studentenzahlen, die Zahl der beschäftigten Lehrer, die Ausgaben für Schulen und Hochschulen und die Bauinvestitionen stark und kontinuierlich erhöht. Wenig dramatisch aber hat sich die soziale Herkunftsstruktur der Schüler und Studenten verändert: verschwunden ist lediglich das traditionelle weibliche Bildungsdefizit; der weiterführende Schulbesuch und ein Studium von Kindern von Arbeitern, einfachen Angestellten und Beamten oder von Landwirten ist immer noch sehr viel weniger wahrscheinlich als im Fall eines bürgerlichen Herkunftsmilieus. Trotz der enormen Bildungsexpansion ist auch die organisatorisch-institutionelle Struktur unseres Bildungswesens im Ganzen unverändert geblieben: für den Schulbereich haben die Schulgesetze von 1962, insbesondere das SchOG, praktisch eine Struktur festgeschrieben, die trotz der verschiedenen Novellen, trotz vieler Schulversuche und mancher kleiner Reform bis heute unverändert gilt. Für diese hohe Stabilität in der Organisation des Unternehmens „Schule“ sind zwei Umstände wesentlich: zum einen die Festlegung, daß die Schulorganisation nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament verändert werden kann, zum anderen die Festlegung einer Bundeskompetenz in Schulfragen, die – anders als in den meisten föderalistisch verfaßten Staaten – eine Konkurrenz von bildungspolitischen Zielen und Konzepten der einzelnen Bundesländer ausschließt.

Auch im Hochschulbereich haben wir diese hohe Stabilität. Mit dem UOG wurden zwar 1975 Mitbestimmungsregelungen und organisatorische Bestimmungen geschaffen, die vielfach als einschneidend empfunden

*) Referat beim Neujahrseminar des Arbeitskreises Dr. Benedikt Kautsky, 4. bis 8. Jänner 1989 in Bad Mitterndorf.

den wurden, tatsächlich jedoch keine Zäsur der Hochschulentwicklung darstellen. Ähnliches gilt für den Rahmen des Studienrechts und für die über ein Jahrzehnt verspätete Reform des Dienstrechts der Hochschullehrer. So haben die Universitäten insbesondere in keiner Weise darauf reagiert, daß heute ein viel größerer Anteil eines Altersjahrganges, eine nach Alter, beruflicher Erfahrung, Bildungsmotivation, Ausbildungsziel und Lernvoraussetzungen sehr inhomogene Studentenschaft an die Hochschulen kommt.

Die Bildungsexpansion hat also im wesentlichen im Rahmen unveränderter Strukturen stattgefunden. Weitreichende Reformziele qualitativer Art – wie etwa die Gesamtschule, die integrierte Lehrerbildung, die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung – wurden aufgegeben oder verfehlt. Lange Zeit haben die quantitativen Probleme im Vordergrund gestanden: der Lehrermangel, der Ausbau von Schulen und Hochschulen entsprechend der steigenden Bildungsnachfrage, die genügende Zahl von Lehrstellen für die Angehörigen der stark besetzten Altersjahrgänge. Erst in den letzten Jahren hat die demographische Entwicklung hier eine Entlastung gebracht, mit Ausnahme des Hochschulbereichs, wo erst um die Mitte der 90er Jahre rückläufige Studentenzahlen zu erwarten sind. Die Engpässe und Kapazitätsprobleme, die die Bildungsexpansion der 70er und der frühen 80er Jahre begleitet haben, waren trotz der umfangreichen Reformdiskussion, einer tiefgreifenden Umgestaltung und Erneuerung von Schule, Hochschule und Berufsbildung nicht günstig, wobei der bildungspolitische Immobilismus in Österreich durch den schulgesetzlich eingebauten Konsenszwang noch verstärkt wird und die Hochschulen sich aus anderen Gründen als wenig reformfähig erwiesen haben.

Die Phase einer schubartigen Expansion im Bildungsbereich ist heute

im wesentlichen abgeschlossen, und die Bildungspolitik hat in der politischen Diskussion keine eigentliche Konjunktur. Im Vordergrund des Interesses stehen heute eher strukturelle Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und das Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt, auch wenn diese Probleme derzeit durch unerwartet günstige weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen verdeckt oder gemildert werden. In den vergangenen Jahren hat sich die Rate des wirtschaftlichen Wachstums stark abgeschwächt, so daß der Produktivitätsfortschritt mit Freisetzungseffekten auf den Arbeitsmarkt durchschlug und eine immer noch hohe Arbeitslosigkeit begründet hat. Die Modernisierung der Produktionsstruktur in Anpassung an veränderte ökonomische und ökologische, technische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen des Wachstums und in einem Innovationswettbewerb der entwickelten Industrieländer hat durchaus Fortschritte zu verzeichnen, doch befinden wir uns bestenfalls in einem Aufholprozeß und allenfalls in wenigen schmalen Marktsegmenten und Technologiebereichen auch in der Position des Markt- und Technologieführers. Die überdurchschnittlichen Verbesserungen von Wohlstandsindikatoren, wie sie in der Vergangenheit erreicht wurden, sind daher trotz der unerwartet hohen Wachstumsrate im vergangenen Jahr für die absehbare Zukunft nicht wieder zu erwarten. Hinzu kommt, daß heute die Argumente und Gewichte der Zielfunktion heftig umstritten sind, an der sich Wachstum als Fortschritt von Wohlstand und Lebensqualität messen muß. Viel mehr so jedenfalls als bei dem geringeren Niveau von Einkommen und Konsummöglichkeiten in der Vergangenheit, bis in die 70er Jahre, und bis zu dem Einsetzen eines Prozesses, der als Wertewandel bezeichnet und gerne auch mit Technologiefeindlichkeit in Verbindung gebracht wird.

Gibt es nun einen Zusammenhang

zwischen den Strukturproblemen unseres Wachstums, der Rolle neuer Technologien und dem Ausbildungsbereich? Gibt es da wie dort Modernitätsrückstände und sind diese in irgendeiner Weise miteinander verknüpft? Sicher gibt es diese Verbindung nicht in der Weise, daß sich ein höherer Bildungsaufwand automatisch für die Gesamtwirtschaft in höherem Wirtschaftswachstum niederschlägt und damit „rentiert“. Ebenso sicher aber stellt der menschliche Faktor, stellen Qualifikation und Motivation der Arbeitskräfte, stellen Erfindungskraft und Innovationsorientierung vom obersten Management bis zum betrieblichen Vorschlagswesen, letztlich die wesentliche Quelle der wirtschaftlichen Dynamik dar, zumal ein Land ohne nennenswerte eigene Rohstoffbasis sein wesentliches Kapital nur in den Köpfen der Menschen liegen hat.

Tatsächlich war auch der Prozeß des Wachstums und des technischen Fortschritts in den vergangenen Jahrzehnten mit einem generellen Anstieg des Qualifikationsniveaus der Arbeitskräfte verbunden. Die Frage, in welche Richtung der technische Fortschritt – die Rationalisierung und Automatisierung der Produktion oder speziell die Revolution der Mikroelektronik – die Qualifikationsstruktur in der Gesamtwirtschaft verändern werde, war lange heftig umstritten. Theoretische Überlegungen und vereinzelte empirische Befunde aus Fallstudien, vor allem zur industriellen Produktion, führten in den 60er und 70er Jahren zu vollkommen widersprechenden Trendprognosen: Während manche Autoren einen generellen Prozeß der Dequalifizierung festzustellen glaubten, wurde in anderen Untersuchungen eine generelle Höherqualifizierung, ein steigender Qualifikationsbedarf zur Bewältigung der neuen Technologien vorausgesagt. Die stärkste Unterstützung fand jedoch eine These, die diese beiden Entwicklungstrends kombiniert; die

künftige Qualifikationsstruktur sollte demnach von einer zunehmenden Polarisierung bestimmt sein: einerseits wurde ein zunehmender Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften erwartet, eine wachsende Zahl von Ingenieuren, Technikern etc., die den technischen Fortschritt „produzieren“ und seinen Einsatz in der Produktion steuern und überwachen, während gleichzeitig aber auch die Zahl der ungelernten und angelernten Hilfs- und Resttätigkeiten zunehmen sollte und der mittlere Qualifikationsbereich – die Qualifikationsebene etwa des Facharbeiters – stark an Bedeutung verlöre.

Die Erwartung einer „Ausdünnung“ des mittleren Qualifikationsbereichs, die These vom „Ende der Facharbeit“, hat sich, soweit man heute die Entwicklung der Qualifikationsstruktur, vor allem auch im industriellen Bereich übersehen kann, als falsch erwiesen. Der technische Fortschritt scheint zu einem generellen Anstieg des Qualifikationsniveaus der Beschäftigten zu führen, er ist – unverändert – arbeitssparend, aber gleichzeitig und verstärkt qualifikationsnutzend bzw. humankapitalintensiv.

Mit dem technischen Fortschritt vollzieht sich ein tiefgreifender Wandel in der Struktur der Produktion:

- ein Konzentrationsprozeß führt zu immer größer werdenden Unternehmenseinheiten, in denen jedoch verstärkt dezentrale Entscheidungsstrukturen und Ergebnisverantwortlichkeit die notwendige Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Organisation sichern sollen;
- der unmittelbaren Produktion vor- und nachgelagerte Funktionsbereiche gewinnen an Bedeutung; zu dieser Tertiärisierung im Bereich der Industrie gehören eine wachsende F&E-Aktivität, eine aufwendigere Produktionsplanung und -steuerung, Arbeitsvorbereitung, Qualitätskontrolle etc. wie auch die Auslagerung von solchen tertiären Funktionen in selbständige Unternehmen (wie etwa Rechenzentren)

oder der Bezug produktionsbezogener Dienstleistungen am Markt (wie etwa von Software-Häusern);

- in der kapitalintensiver werdenden Produktion werden die Arbeitsvollzüge zunehmend abstrakt, werden Kontroll- und Steuerungsfunktionen, der Eingriff bei Störfällen und die präventive Wartung und Instandhaltung eines reibungslosen Produktionsflusses immer bedeutsamer; diese Aufgaben erfordern das Verständnis komplexer Zusammenhänge, technische Sensibilität und hohe Verantwortlichkeit.

Alle diese Entwicklungstrends wirken in Richtung eines höheren Qualifikationsbedarfs, stützen die These eines generellen Anstiegs des Qualifikationsniveaus im Zuge eines intensiven Wachstums durch technischen Fortschritt.

Eine andere, in der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Diskussion so populäre These, die These vom Facharbeitermangel, scheint dieser Einschätzung eher zu widersprechen, wenn man, wie dies meist geschieht, den Mangel an Facharbeitern in dem anhaltenden Zustrom zu weiterführender und höherer Bildung, zur Matura an AHS und BHS, und zu den Hochschulen begründet sieht. Tatsächlich jedoch ist in dem Prozeß der Bildungsexpansion der Anteil von Jugendlichen, die die Lehrausbildung als Weg in den Beruf wählen, mit rund 40 Prozent praktisch konstant geblieben. Die Lehrausbildung hat also nicht an Bedeutung verloren; der zunehmende Besuch weiterführender Schulen und die wachsende Studentenzahl hat vielmehr den Anteil von Jugendlichen, die ohne formale berufliche Qualifizierung eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, von rund 20 Prozent auf 3 bis 4 Prozent eines Altersjahrganges drastisch reduziert. Tatsächlich gehen die Lehrlingszahlen heute in ihrer absoluten Größe zurück, doch ist diese Entwicklung durch die demographische Komponente der schwächer besetzten Jahr-

gänge bestimmt, genauso wie die Rekordwerte der Lehranfängerzahlen zu Ende der siebziger Jahre.

Vielmehr ist anzunehmen, bei aller Unlösbarkeit eines solchen Zurechnungsproblems, daß der heute vielfach beklagte Facharbeitermangel seine Ursachen in der Erwartung vom „Ende der Facharbeit“ im Zuge der technischen Entwicklung hat, in der Erwartung also, daß die Polarisierungsthese die Tendenz der Qualifikationsstruktur zutreffend beschreibe. Diese in den siebziger Jahren zumeist vertretene These hat sich jedoch als falsch erwiesen.

Tatsächlich ist auch der Facharbeitermangel konzentriert auf „moderne“, industrielle Facharbeiterberufe und damit nur ein Indiz für bestehende grundsätzliche Strukturprobleme dieses wichtigen Bereichs der Berufsbildung. Das traditionelle duale System der praktischen Ausbildung in Betrieben, verbunden mit allgemeiner und fachtheoretischer Bildung in den Berufsschulen, weist eine Reihe von wesentlichen Vorzügen auf gegenüber den rein schulischen Ausbildungsgängen oder den rein betrieblichen Anlern- und Ausbildungsprozessen, wie sie die Berufsbildungssysteme außerhalb des deutschsprachigen Raumes im wesentlichen nur kennen (z. B. Frankreich und die USA). Im Rahmen der durch die Berufsbildungspolitik vorgegebenen Bedingungen, etwa in Form der Liste der anerkannten Ausbildungsberufe, der jeweiligen Berufsbilder, der Prüfungsbestimmungen etc., erfolgt jedoch die Steuerung dieses Ausbildungsbereichs durch die Angebotsentscheidungen der einzelnen Ausbildungsbetriebe, die sich zwangsläufig an einzelbetrieblichen Kosten- und Ertragsüberlegungen orientieren.

Dieser dezentrale Steuerungsmechanismus führt offensichtlich zu strukturellen Ungleichgewichten in der Lehrausbildung: er ergibt z. B. ein gravierendes Ausbildungsdefizit einzelner Wirtschaftszweige und eine

überproportionale Ausbildungsintensität in anderen Bereichen – so traditionell im Verhältnis von Industrie und Gewerbe –, er ergibt eine Struktur der Ausbildung nach Ausbildungsberufen, die keinen Bezug zu erkennbaren Entwicklungstendenzen der Berufsstruktur und des künftigen Fachkräftebedarfs aufweist, er ergibt ein an verschiedenen Indikatoren ablesbares großes Qualitätsgefälle der Ausbildung in verschiedenen Ausbildungsbetrieben oder schließlich auch eine große Zahl von Betrieben, die nicht ausbilden und über die Mobilität von Ausgebildeten an der Ausbildungsleistung anderer Betriebe partizipieren. Insgesamt weist damit die Berufsbildung im dualen System in verschiedener Hinsicht „Modernitätsrückstände“ auf, die durch einen schwerfälligen und langwierigen Prozeß der Entscheidungsfindung der Berufsbildungspolitik noch verstärkt werden (etwa wenn es um die Anpassung von Ausbildungsinhalten an veränderte technische und ökonomische Bedingungen in einem Berufsfeld geht).

Bei allen Vorzügen des Systems der Lehrausbildung – seiner Praxisorientierung, dem Lernen unter Ernstfallbedingungen, der relativen Kostengünstigkeit, der hohen Elastizität des Ausbildungsangebots, der Ausbildung marktgängiger und nicht nur betriebsspezifischer beruflicher Qualifikation – trotz all dieser Vorzüge weist doch dieser zentrale Bereich der Berufsbildung eine Reihe von Strukturproblemen und Defiziten auf, die eine Herausforderung für die künftige Berufsbildungspolitik darstellen. In den vergangenen Jahrzehnten wurden diese Schwächen und Modernitätsrückstände noch verdeckt durch eine hohe Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Der Ausbau von schulischen Ausbildungswegen und der Hochschulen, zusammen mit dem Effekt abnehmender Jahrgangsstärken von Jugendlichen, schafft jedoch für die Zukunft eine veränderte Situation, nämlich ein Problem der Attraktivität

der Lehrausbildung in der Konkurrenz um die Ausbildungswahl der Jugendlichen.

Der demographische Effekt schafft einen Nachfragemarkt, in dem das Ausbildungsangebot der Lehre gegen das Werben von Schulen und Hochschulen für ihre Bildungsangebote bestehen muß. Es gibt keinen Grund, nicht auch für diesen Bereich durchaus positive Effekte von einem Mehr an Wettbewerb zu erwarten. Diese positiven Effekte werden vor allem in einer erhöhten Qualität und Attraktivität der Berufsbildung liegen müssen, und es ist zunächst nur die Frage, ob entsprechende Verbesserungen der Ausbildung von der Reaktion der Ausbildungsbetriebe auf die abgeschwächte Nachfrage, einen sich abzeichnenden Lehrlingsmangel, erwartet werden können, oder ob nicht in erster Linie die Berufsbildungspolitik gefordert ist, die über veränderte Rahmenbedingungen die Voraussetzungen für ein leistungsfähigeres System der Lehrausbildung schaffen müßte.

Erhöhte Qualität und Attraktivität der Lehrausbildung wird jedenfalls höhere Nettokosten der Ausbildung (als Differenz von Bruttokosten und dem Beitrag zur Produktion aus produktiver Ausbildung) für den Lehrbetrieb bedeuten: mehr formalisierte Ausbildung, erhöhte Qualifikation der Ausbilder, verringertes Gewicht der Ausbildung durch produktive Mitarbeit, höherer Anteil des Berufsschulunterrichts etc. Die Vermeidung betriebsspezifischer Einseitigkeiten der Ausbildung bzw. die Notwendigkeit, die volle Breite des Berufsbildes und den Umgang mit modernsten Technologien und Einrichtungen zu vermitteln, wird zudem eine verstärkte Einbeziehung von überbetrieblichen und gemeinschaftlichen Lernmöglichkeiten in die Lehre erfordern. Hohe Nettokosten der Ausbildung schließen jedoch für den Ausbildungsbetrieb die Gefahr mit ein, die ausgebildete Fachkraft an Wettbewerber am Arbeitsmarkt zu verlieren und damit auch die

Investition in das künftige Fachkräftepotential im Betrieb.

Der Einfluß solcher externer Effekte auf Umfang und Qualität des Angebots ist in der ökonomischen Theorie nicht unbekannt; die Korrektur der unerwünschten Auswirkungen kann entweder über die Subventionierung der Anbieter oder über Mechanismen der Internalisierung und Umverteilung von Kosten und Erträgen erfolgen. Für die Lehrausbildung würde der erste Weg eine verstärkte Finanzierung der Berufsbildung aus dem allgemeinen Steueraufkommen bedeuten; die Lösung nach dem zweiten Modell läge in der viel diskutierten Berufsbildungsabgabe aller Betriebe in einen Fonds, aus dem akkreditierte Ausbildungsbetriebe die Nettokosten erstattet bekommen. In beiden Fällen wäre mit dem veränderten Finanzierungssystem für die Berufsbildungspolitik offensichtlich auch die Möglichkeit verbunden, die Entwicklung der Berufsbildung in stärkerem Maße an absehbaren Entwicklungen von Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystem zu orientieren.

In dem Maße, als die Lehrausbildung in Zukunft nur durch höhere Qualität hinreichend attraktiv gemacht werden kann – z. B. auch als Weg in den Beruf für Maturanten – und diese Qualitätssteigerung mit höheren Kosten verbunden sein wird, sind jedenfalls für die Organisation und Finanzierung dieses Ausbildungsbereichs veränderte institutionelle Regelungen notwendig. Diesem Kernbereich der Berufsbildung, der immer noch für die Mehrzahl von Jugendlichen den Weg zu beruflicher Qualifizierung darstellt, kommt jedenfalls für die Bewältigung der Anforderungen des Wachstums durch technischen Fortschritt an die Arbeitnehmer zentrale Bedeutung zu.

Im Bereich der weiterführenden Schulen hat die österreichische Bildungspolitik im vergangenen Jahrzehnt den Ausbau der BHS in besonderer Weise forciert. Diese Entwick-

lung kommt u. a. im Anteil von BHS und AHS an der Zahl der Maturanten zum Ausdruck, der für die BHS-Maturanten von 27 Prozent (1970) auf 46 Prozent (1987) gestiegen ist. Während die AHS praktisch ausschließlich als Zubringerinstitution für den Hochschulbereich fungiert und die AHS-Matura kaum qualifizierte berufliche Einmündungschancen eröffnet, zeichnen sich die BHS – als ein österreichisches Spezifikum – durch die Verbindung der Matura als Hochschulzugangsberechtigung mit dem Abschluß einer qualifizierten Berufsausbildung aus. Die früher sehr günstige Arbeitsmarktsituation der BHS-Maturanten hat sich in den letzten Jahren jedoch deutlich verschlechtert und u. a. zu einem zunehmenden Übergang von BHS-Absolventen in den Hochschulbereich geführt. Dabei stellt sich, vor allem für die technischen Fachrichtungen der HTLs, zudem die Frage, ob es die Entwicklung von Wissenschaft und Praxis der jeweiligen Fachdisziplinen auch in Zukunft noch zuläßt, das traditionelle Ausbildungsziel der Ingenieur-Qualifikation im Rahmen einer Sekundarschulausbildung mit Matura-Abschluß zu vermitteln. Verschärft wird dieses Problem der Zukunftschancen der HTL durch den internationalen Trend zu einer „Akademisierung“ vergleichbarer Ausbildungsgänge bzw. durch die Frage der internationalen Anerkennung des Ingenieur-Titels (für die es zum Beispiel im Bereich der EG Schwierigkeiten beim 6semestri-gen Studium an deutschen Fachhochschulen gibt). Ob die technische Entwicklung, d. h. der steigende Wissensumfang in den einzelnen technischen Disziplinen und die höhere Rate des Veraltens von Wissen – die Grundlagenorientierung und Theoriehaltigkeit der Ausbildung erfordern gegenüber unmittelbarer Berufsfertigkeit der Absolventen –, die Aufgabe des traditionellen Ausbildungszieles der HTL erzwingt und welche andere Struktur an dessen Stelle treten könnte, sind offe-

ne Fragen, zu denen bislang kaum Untersuchungen vorliegen. Bereits mit der Schulgesetzgebung von 1962 wurde die Ausbildung von Volks- und Hauptschullehrern, die zuvor im Sekundarschulbereich angesiedelt war, „tertiärisiert“ und den neu gegründeten Pädagogischen Akademien übertragen – es ist immerhin die Frage, ob die Veränderungen im Berufsbild von Ingenieuren nicht eine ähnliche Aufwertung notwendig machen. In ihrer heutigen Form und mit dem Ziel der Ingenieurqualifikation stellt die HTL möglicherweise keinen zukunftssträchtigen Typus einer höheren technischen Ausbildung mit der Chance auf internationale Anerkennung dar. Für die Entwicklung von Reformvorschlägen (wie sie von der Bundeswirtschaftskammer bereits vorgelegt wurden) wären jedoch zunächst Untersuchungen zum beruflichen Verbleib und zur Karriereentwicklung ehemaliger HTL-Absolventen im Vergleich zu anderen technischen Ausbildungs- bzw. Studiengängen sowie zu den im zeitlichen Verlauf möglicherweise veränderten Rekrutierungsmustern und den Einschätzungen durch Unternehmen und Fachvertretern notwendig.

Den Universitäten kommt für den Prozeß des technischen Fortschritts eine doppelte Funktion zu: Sie sind der Ort, von dem in Grundlagenforschung, angewandter Forschung und technischer Entwicklung ein wesentlicher Teil der technologischen Dynamik ausgeht, und sie sind der Ort der formal höchst qualifizierten Ausbildung für die Umsetzung und Nutzung neuer Technologien, für Aufgaben der Gestaltung einer zunehmend wissenschaftlich bestimmten Produktion und Zivilisation, aber auch für eine kritische Bewertung des gesellschaftlich Machbaren und Wünschbaren. Mögliche Leistungen und akute Defizitbereiche der österreichischen Universitäten im Hinblick auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes wären noch detaillierter zu diskutieren. Die angestrebte Teilnah-

me am Binnenmarkt der EG stellt hier für die österreichischen Universitäten offensichtlich eine besondere Chance und eine hohe Herausforderung dar: Die EG hat sich das Ziel der Entwicklung zu einer Technologiegemeinschaft gestellt, mit umfangreichen Programmen, die die wissenschaftlichen und technischen Grundlagen der europäischen Industrie stärken und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit fördern sollen, und es ist – ohne große Anstrengungen von österreichischer Seite – keineswegs ausgemacht, daß wir von der Teilnahme an diesen Programmen vollen Nutzen ziehen können.

Die Ausbildung, oder richtiger: die wissenschaftliche Berufsvorbildung an den Universitäten ist in den vergangenen Jahren zum Teil heftig kritisiert worden. Kritik hat die insgesamt starke Expansion des Hochschulbereichs gefunden, die die Studentenzahl von 43.000 (1970) auf 148.000 (1986) ansteigen ließ, die ungleichgewichtige Entwicklung nach Studienrichtungen (etwa das deutliche Zurückbleiben im Bereich der technischen Studienrichtungen), das Nachhinken im Ausbau der Universitäten mit der Folge vielfältiger Überlastprobleme, eine hohe Abbrecherrate im Studium, die überlange Studiendauer, eine in den letzten Jahren rasch zunehmende Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen u. a. m. Ein Grundproblem der Hochschulentwicklung scheint mir dabei in der mangelnden Reagibilität des Studienangebots der Hochschulen auf veränderte Nachfragebedingungen zu liegen – veränderte Nachfragebedingungen sowohl im Hinblick auf Umfang und Struktur des Hochschulzugangs als auch im Hinblick auf Erfordernisse von Arbeitsmarkt und Beschäftigung.

Mit der erreichten Quote des relativen Hochschulbesuchs – oder auch mit dem Anteil von Akademikern an der Gesamtbeschäftigung – liegt Österreich keineswegs im Spitzenfeld der internationalen Vergleichsgruppe.

Das österreichische Hochschulsystem zeichnet sich jedoch im Vergleich durch einen hohen Grad der Homogenität des Studienangebots in Form von wissenschaftlich orientierten Langzeitstudiengängen aus, während kürzere Studiengänge und praktisch orientierte Studienangebote nahezu völlig fehlen. Eine diversifizierte Struktur des Studienangebots wird jedoch den unterschiedlichen Voraussetzungen und beruflichen Orientierungen einer heute stärker inhomogenen Studentenschaft ebenso besser gerecht wie den Bedingungen einer zunehmenden „Akademisierung“ des Beschäftigungssystems außerhalb der traditionellen Bereiche und Berufe der Akademikerbeschäftigung. Die Hochschulen haben damit noch nicht auf einen Wandel reagiert – und auch kaum darüber nachgedacht –, der im Übergang von einem elitären Ausbildungssystem für drei bis fünf Prozent eines Altersjahrganges zu einem offenen Hochschulsystem für 20 Prozent eines Altersjahrganges und für neuartige Typen von Studierenden, wie Berufstätigen liegt. Auch neuartige Aufgaben der Hochschulen, wie im gesamten Bereich der Weiterbildung, werden bislang nur unzureichend wahrgenommen.

Die beschleunigte Veränderung in Wirtschaft, Technik und in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen läßt generell eine abgeschlossene allgemeine und berufliche Bildung in frühen Lebensphasen immer weniger ausreichend erscheinen als eine Qualifikationsausstattung für ein Arbeitsleben von mehreren Jahrzehnten wie für die Orientierungs- und Handlungsfähigkeit in allen anderen Bezügen. Neues Wissen und die Veraltung von erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten weisen der Weiterbildung im und neben dem Beruf, die bis zur Umschulung für eine neue berufliche Tätigkeit reichen kann, eine wachsende Bedeutung zu. Die Bewältigung der geforderten Weiterbildungs- und Anpassungsleistungen ist dabei nicht

nur eine Frage der wirtschaftlichen Effektivität und der technologischen Dynamik unseres Produktionssystems, sondern auch des beruflichen Status und der sozialen Integration der Arbeitnehmer, einer Minimierung der sozialen Kosten des Strukturwandels und des technischen Fortschritts.

Der zunehmende Stellenwert des gesamten Bereichs der Weiterbildung hat zunächst Konsequenzen für die Art und die Inhalte der allgemeinen und beruflichen Erstausbildung. Die erworbene Erstausbildung erhält zunehmend den Charakter einer Grundlage für einen fortwährenden Prozeß des Weiterlernens, der Spezialisierung und des Wechsels der beruflichen Tätigkeit. Sie muß daher ein theoretisch und methodisch sicheres Fundament in der Breite eines Berufsfeldes darstellen, das einen Transfergehalt der Inhalte für neue Anforderungen und die Orientierung auf weiteres Lernen garantiert. In diesem Sinne geht es um eine Verwissenschaftlichung der Ausbildung, die durchaus auch Abstriche an unmittelbar einsetzbarer, berufsfertiger Qualifikation bedeuten kann, die ohnehin rasch veraltet und besser im Beruf erworben wird. In diesem Sinne geht es auch eher um eine Verkürzung der Phase der Erstausbildung als um eine weitere Verlängerung, wenn die zeitliche Reichweite der vermittelten berufspraktischen Kenntnisse und Fähigkeiten ohnehin beschränkt ist und diese in Lernphasen innerhalb und neben dem Beruf erworben werden können. Im Ergebnis geht es um ein Mehr an Flexibilität und Mobilität der Arbeitnehmer, das jedoch auf eine deutlich ausgeprägte berufliche Identität gegründet sein muß und nicht einfach beliebige Verfügbarkeit der Arbeitskraft bedeutet.

Ein Mehr an Qualifikation und an Flexibilität und Mobilität der Arbeitnehmer durch Weiterbildung wird andererseits Veränderungen der organisatorischen und finanziellen Rahmen-

bedingungen der Weiterbildung erfordern. Ähnliche Probleme wie im Bereich der Lehrausbildung setzen den Möglichkeiten der einzelnen Betriebe für Investitionen in die Qualifikation ihrer Mitarbeiter gewisse Grenzen. Dies würde dafür sprechen, die Weiterbildung zumindest teilweise in ein verändertes System der Finanzierung der Lehrausbildung mit einzubeziehen. Ebenso wäre daran zu denken, den Prozeß der Arbeitszeitverkürzung für Verbesserungen im Bereich der Weiterbildung zu nutzen. Hier sind durchaus neue Modelle und Experimente gefragt, die auch auf die besonderen Probleme einzelner Wirtschaftszweige zugeschnitten sein sollten und im Rahmen tarifvertraglicher Vereinbarungen realisiert werden könnten.

Die Diskussion um einen Facharbeitermangel und das Bewußtsein eines Nachholbedarfs Österreichs an wirtschaftlichem Strukturwandel und an Innovationsorientierung in großen Bereichen der österreichischen Wirtschaft geben auch Fragen der Bildungs- und Berufsbildungspolitik eine neue und, gegenüber den 60er und 70er Jahren, veränderte Aktualität. Eine Politik der Wahrung von Arbeitnehmerinteressen wäre daher gut beraten, der Bildungs- und Berufsbildungspolitik höhere Aufmerksamkeit und aktiveres Engagement zu widmen, als dies in der Vergangenheit teilweise der Fall war. Die Bildungspolitik ist jedenfalls zu wichtig, um sie hauptsächlich der „educational class“ zu überlassen.